

Herr Zielinski kritisiert, dass jede Schule „ihr eigenes Süppchen“ kocht. Er vermisst Lösungsvorschläge, die auch zur Kosteneinsparung beitragen. Denkbar sei zum Beispiel, auch einmal über Vernetzung u.ä. nachzudenken. Es gelte, technische Lösungen in ein Gesamtkonzept einzubringen.

Herr Gräf kritisiert, dass eine durchgängige Soll-Struktur nicht erkennbar sei. Art und Struktur der Konzepte sei je nach Schule doch sehr unterschiedlich. So sei das Konzept der Hauptschule insgesamt sehr schlüssig. Eitorfs größte Schule hingegen habe eher ein dürrtiges Konzept vorgelegt. Obwohl es ein gleicher Schultyp sei, sei bei den Grundschulen keine durchgängige Struktur erkennbar. Sinnvoll sei ein Zusammensetzen mit den Schulen, um über eine gemeinsame Grundkonzeption nachzudenken, beispielsweise in Bezug auf ein pädagogisches und ein administratives Netzwerk – zumindest im Bereich der Grundschulen. Bei den Haushaltsansätzen für die Hardwarebeschaffung sei ihm aufgefallen, dass diese je nach Schule extrem voneinander abweichen. Er fragt, ob jede Schule für sich selber beschafft oder die Verwaltung dies kontrolliert koordiniert. Durch Sammeleinkäufe etc. könnte ggf. günstiger beschafft werden.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Schulen ihre Beschaffungen unterschiedlich handhaben würden. Manche Schule regelten dies selber, andere machten dies über die Gemeinde bzw. mit deren Absprache. Ergänzend verweist er auf die unterschiedliche Struktur und die unterschiedlichen pädagogischen Konzepte der Schulen.. Dies sei auch eine Sache der Philosophie. Ganz bewusst habe man Eigenverantwortung an die Schulen herangetragen. Er regt an, die Thematik bei der nächsten Schulleiterbesprechung aufzugreifen, wobei der Grundsatz einer „gewissen Freiwilligkeit“ mit ausschlaggebend sein sollte.

Bei aller Freiwilligkeit, so Herr Bäumgen, gehe es schließlich um Geld der Gemeinde. Insofern sei gegenüber den Schulleitern durchaus ein gewisser Zwang hinsichtlich der Erstellung eines gemeinsamen Konzeptes durchaus angebracht. In der Industrie funktioniere das auch. Als Beispiel nennt er seine Arbeitsstelle. Mitarbeiter aus Thüringen arbeiteten über einem Server, der in Eitorf steht. Er stelle sich die Frage, wieso so etwas nicht auch bei den Schulen funktionieren könne.

Frau Miethke ist der Meinung, den Schulen nicht zuviel Zwang aufzuerlegen. Vielmehr solle man den Focus auf Sammelbestellungen, Rahmenverträge etc. legen. Die Schulen müssten an einer kostengünstigeren Beschaffung doch auch Interesse haben.

Der Bürgermeister erklärt, dass er zunächst die Vorschläge aus den Redebeiträgen vorsichtig an die Schulen herantragen möchte.

Frau Miethke fragt nach dem Modell der „Notebook-Klassen“ im Gymnasium. Seinerzeit seien die Notebooks von Eltern finanziert worden. Sie fragt, wie sich die Situation heue darstelle.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Einführung der Notebook-Klassen war aus schulischer Sicht sehr positiv (Lernerfolg). Inzwischen ist die Ausstattung der Schüler mit Notebooks so gut, dass die Geräte ausgeliehen werden können. Das seinerzeit initiierte Notebook-Konzept ist ausgelaufen, auch wegen sozialer Ungerechtigkeiten bei der Umsetzung.*

Herr Zielinski stellt klar, dass man nicht in die pädagogischen Konzepte im engeren Sinne eingreifen möchte. Vielmehr gehe es um die Optimierung technischer Lösungen mit dem Ziel der Ersparnis für die Gemeinde.

Auch Herr Liene hält es nicht für zielführend, in pädagogische Konzepte hineinzureden. Was darüber hinaus gehe, sei Sache der IT.

Der Bürgermeister fasst zusammen und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen unter Ergänzung der angesprochenen Aspekte.